

Senkung der Lohnnebenkosten durch Ökologisierung des Finanzsystems

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung sowie die sozialdemokratischen Mitglieder die in Bund-Länder-Gremien tätig sind werden aufgefordert die Sozialabgaben (Renten- und Arbeitslosenversicherung) der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ab 2005 stufenweise zu senken.

Finanziert werden soll dieses Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Sicherung der Sozialsysteme durch eine Ökologisierung des Finanzsystems, das entsprechend der Forderungen des DIW, BUND, Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) u.a. folgende Bestandteile umfassen soll:

1. Fortsetzung der Ökologischen Steuerreform, mit folgenden Elementen:

- Festsetzung der weiteren Ökologisierung des Finanzsystems als wesentliches Ziel der Finanzpolitik
- Fortsetzung der Erhöhung der Öko-Steuern pro Jahr in der bisherigen Größenordnung auf unbestimmte Zeit:
3 ct./l Kraftstoff, 2 ct./l Heizöl, 0,15 ct./kWh Erdgas 0,5 ct./kWh Strom
- Gleiche steuerlichrechtliche Behandlung aller zur Stromerzeugung eingesetzten Primärenergieträger

2. Umwandlung von Abgaben und Ausweitung auf andere Tatbestände

- Umwandlung der Bemessungsgrundlage der Kfz-Steuer vom Hubraum auf die durchschnittlichen CO₂-Emissionen der Fahrzeugmodelle
- Einführung emissionsabhängiger Landegebühren sowie Einführung einer Kerosinsteuer auf Flüge im Inland und auf Flüge zwischen Deutschland und den Staaten, die bereit sind, hierzu ein Abkommen zu schließen
- Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für den schienengebundenen Verkehr von 16% auf 7%
- Einführung von Düngemittel- und Pestizidabgaben
- Berechnung der Grunderwerbs- und der Grundsteuer nach der versiegelten Fläche
- Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Lkw, ggf. später auf alle Fahrzeuge und alle Straßen (sobald EU-konform in Höhe der externen Kosten, nach dem Schweizer-Modell)

3. Abbau umweltschädlicher Subventionen

- Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung des internationalen Personen-Luftverkehrs
- Stufenweise Senkung der Steuerermäßigungen für den industriellen Stromverbrauch, der nicht dem Emissionshandel unterliegt
- Anhebung des Steuersatzes für Dieselmotorkraftstoff auf den von Benzin.
- Stufenweiser Abbau der Steinkohlesubventionen bis 2015
- Stufenweise Abschaffung der Entfernungspauschale
- Umwandlung der Eigenheimzulage in ein Städtestrukturprogramm (zur Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität in den Städten).

Ein kleinerer Teil der durch diese Maßnahmen erzielten Steuermehreinnahmen (z.B. 20%) soll zur Erhöhung des Wärmeschutzsanierungsprogramms und der Erforschung erneuerbarer Energieträger verwendet werden.

Begründung:

Eine langfristig angelegte Ökologisierung des Finanzsystems kann eine "fünffache Dividende" erzielen:

(1) es entstehen Arbeitsplätze, da der Faktor Arbeit preiswerter und Schwarzarbeit weniger interessant wird; (2) Arbeitsplätze werden geschaffen, da die Nachfrage nach neuen energieeffizienten Produkten und erneuerbaren Energietechniken steigt; (3) die Sozialsysteme werden sicherer, da die Finanzierungslast auf mehrere Schultern, d.h. alle Energieverbraucher verteilt wird; (4) die natürlichen Lebensgrundlagen werden weniger belastet, da Ressourcen und Energie effizienter und sparsamer eingesetzt werden und der "Weg ins Solarzeitalter" wirtschaftlich wird; (5) die Industriestaaten werden unabhängiger von Öl-Importen, womit zugleich ein Beitrag zur internationalen Friedenspolitik geleistet wird.